

# Der Arbeiter

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle, Bezirk Merseburg

Das „Arbeiterblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ verschiedener Verbände. Geschäftsleitung: Dr. Wäckerle, Dr. Bernward-Rohlfeld, Nr. 240/25, 240/27, 260/25. Persönliche Zuständlichkeit mittags von 13 bis 14 Uhr. — Inseratamt: eingetragenes Handelsunternehmen Nr. 15 des Handelsregisters.

Bezugspreis monatlich 1,20 und 0,20 Mtl. Beilagenbeibeh. insgesamt 2,10 Mtl. für Arbeiter mindestens 0,45 Mtl. Volkshauspreis 2,10 Mtl. durch Postboten auswärts 2,30 Mtl. bei direkter Einlieferung an den Best. 2,45 Mtl. — Einzelgenpreis 15 Hfr. im Einzelgen- und 80 Hfr. im Restemittel der 240/25, 240/27, 260/25. Verlagsort: Halle. Dr. Wäckerle & Co. Bernward-Rohlfeld, Nr. 240/25, 240/27, 260/25. Verlagsort: Halle. 20319 Verlag.

## Regierungserklärung zum „Wirtschaftsprogramm“ Papen auf falschen Wegen... Er preist den „Segen“ des privatkapitalistischen Systems Belastung der Massen! Vorgriff auf Steuern bis 1938!

Reichsanwalt Papen hat in seiner Sonntagsrede in München den Versuch gemacht, die Wirtschaftsprobleme Deutschlands zu behandeln. Er hat auch die schwierigsten Fragen mit einer leichten Handbewegung erörtert, als ob nichts einfacher wäre, als das Elend und die Not des Volkes zu beseitigen.

Wie können ihm bei seinen „großartigen“ Versuchen nur Glück und Erfolg winken — aber bei näherem Studium der Kanzlerrede muß man feststellen, daß er mit seiner Wirtschaftspolitisch-ökonomischen „Handbewegung“ das privatkapitalistische Wirtschaftssystem in aller Welt vor sich hat, wie nie je in den letzten Jahren erlebt haben, hat es gar keinen Zweck, den Versuch zu machen, dieses System neu zu beleben. Papen aber hat den Hauptteil seiner Rede dazu verwendet, vom Segen des Privatkapitalismus zu sprechen, der in Wahrheit nicht vorhanden ist. Wir können nur von einem Untergang des Privatkapitalismus sprechen, unter dem die besten Massen des Volkes zu leiden haben.

Kanzler Papen befaßt sich auf vollkommen falschen Wegen. Die sozialdemokratische Reichsregierung hat mit ihren Vorschlägen, die den Umbau der Wirtschaft zu fordern, den einzig möglichen Weg der Rettung gezeigt. Natürlich kann der Konservative und Wölfige Papen diese Wege niemals aufgehen, er kann sie noch weniger selbst gehen. Es bleibt der Masse des Volkes vorbehalten, um ihre Erfüllung zu kämpfen.

Doch Papen sein Christentum so besonders hervorzuheben, ändert an der Tatsache nichts, daß er in seiner ersten Erklärung das Wort von „Wohlfahrtsstaat“ sprach, mit dem er Millionen von Volksgenossen überrückte. Mit werden dieses Wort niemals vergehen — es läßt sich mit modernem Christentum nicht vereinbaren.

Wenn der Kanzler weiter den Versuch macht, die Sonderertragsurteile Döhlau und Bessien auf eine Stufe zu stellen und die miteinander zu vergleichen, so ist das sehr merkwürdig. In Döhlau sind Menschen verurteilt worden, die mit ihren Organisationen immer für die Gewaltlosigkeit im politischen Kampf eintraten, in Bessien aber haben Anhänger Hitlers vor

Gericht, der immer und immer wieder von Kämpfern gesprochen hat. Das ist doch ein gewaltiger Unterschied! In Bessien hatten sich Männer zu verantworten, von denen der Anführer für ehelos erklärt wurde — Hitler aber und seine Partei ist für sie eingetretet! Wir müssen Papens Vergleich klar und entschieden zurückweisen, wie wir auch seine Behauptung zurückweisen müssen, daß es „moralisch“ sei, das „Recht“ als Kampfmittel einer Partei“ zu erklären. Ein solches Recht hat der Marxismus nie als gefordert, Herr Reichsanwalt! Der Marxismus hat immer gleiches Recht für alle gefordert — nichts anderes, er hat sich nur gegen das „Recht“ gewandt, daß die bestehende Klasse rechtslos gegen die bedrückte Klasse anzuheben.

Papen will keine Anstalts- — er will sie nur für die „Landwirtschaft“, gerade die Landwirtschaft aber hat uns bewiesen, daß sie nicht instand ist, das deutsche Volk zu ernähren. Die Idee der Pläne des Kanzlers müßte geradezu katastrophal an der Wahrheit sein, daß sich sehr leicht gemacht. Wenn alles so leicht wäre, dann hätte Deutschland seine Wirtschaftskrise schon lange überunden.

Der gefährlichste Plan aber scheint uns der mit den „Steueranrechnungsgesetzen“ zu sein. Abgesehen davon, daß es geradezu unverantwortlich ist, auf Jahre hinaus die aufkommenden Steuern im voraus in Anspruch zu nehmen — wo bleibt die so tolle Finanzgebearung? — sollen damit Steuern in einem Maße verschont werden, wie das bisher noch nie der Fall gewesen ist. Das ganze Finanz- und Steuergebäude des Reiches wird damit auf das schwerste bedroht. Regierungen, die einmal nach Herrn Papen kommen, können ja sehen, woher sie Geld bekommen. Herr Papen jedenfalls verhält heute sehr über die Steuern, die einmal nach drei, vier oder noch mehr Jahren eingehen werden!

Wichtig ist festzustellen, daß wiederum nur die dreien arbeitenden Schichten neue Opfer bringen sollen — Kohlenbergbauern, Tarifarbeiter und Schlichtungsabteil! Und das in einem Reich, in dem die meisten arbeitenden Schichten politisch entrechtet und entmachtet werden!

Das ist Herr Papen wie er leidet und leidet!

Die Währung darf nicht gefährdet werden. Die Wirt darf nicht abgewertet werden. Getreu den Grundrissen konserverativer Staatsführung ist die persönliche private Initiative zu fördern. Alle Eingriffe in die Sphäre der Privatwirtschaft lehnt die Reichsregierung ab. Wo der Staat in den letzten Jahren Anzeile an Privatbetrieben übernommen habe, müßten der Allgemeinheit nicht nur die Kosten, sondern auch die Früchte der Arbeit zufallen. Eine besondere staatliche Überwachung werde zu diesem Zwecke eingeleitet werden. Auch die Gehälter in diesen Betrieben würden herabgesetzt.

Der Kanzler ging dann auf das Hauptproblem, die Befähigung der Arbeitslosigkeit ein.

Die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung werden nicht aus dem Auge gelassen werden. Darüber hinaus aber ist die Regierung entschlossen, im großen Rahmen den Versuch zu machen, durch eine Bekämpfung der Privatwirtschaft zur Neueinstellung von Arbeitslosen und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit zu gelangen. Als erster Schritt dafür soll der gesamte Produktionsapparat instand gesetzt werden. Dadurch finden die mittleren und kleineren Betriebe Beschäftigung.

Die Beschaffung dieses Betrags erfolgt unter Mitwirkung der Reichsbank durch Ausgabe von Steueranrechnungsgesetzen, aus denen in den Jahren 1934 bis 1938 alle Reichsteuern bezahlt werden können, und zwar handelt es sich hier um einenhalb Milliarden. 700 Millionen Steueranrechnungsgesetze werden solchen Unternehmen zur Verfügung gestellt, daß sie mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigen. Für jeden Neueinstellenden wird ein Betrag von 400 M. für ein Jahr gegeben. Auf diese Weise können 1 1/2 Millionen Arbeiter neu eingestellt werden. Außerdem wird der Arbeitgeber ermächtigt, wenn er mehr Arbeitskräfte einstellt, den Tariflohn in einem gewissen Umfang zu unterbieten. Doch will die Reichsregierung das Tarifrecht und das Schlichtungswesen in seinem wesentlichen Inhalt aufrechterhalten.

Für besonders wichtig hält der Kanzler die Erhaltung der Produktionsstätten.

Sturz auf Preußen eingedacht. Führende Papen dann an, daß die ersten Maßnahmen der Zusammenlegung der Landkreise und Amtsgerichte noch eine große organisatorische Verwaltungsreform zur Folge haben würden.

Der Kanzler verspricht dann noch, praktische Schritte zur Eingliederung der Jugend ins Berufsleben.

### Ende des Europafuges Polen als Gewinner

Polen ist endgültiger Sieger des Internationalen Europafuges 1932. Zwölfes Leistung im Schlußrennen wurde mit fünf Punkten bewertet, so daß er mit 461 Punkten vor seinen Javortieren Pöhl und Moritz, die beide 458 Punkte erhalten haben, lag. Der Wäckerle im Internationalen Europafuge 1932 ist mit diesem Ergebnis an den Vortritt von Polen gefallen. Zweites ist Pöhl, weil er in der Start- und Dandepfung besser abschnitt als Moritz.

## Einzelheiten aus Papens Rede:

Zunächst betonte Papen, daß die Aufgaben seiner Regierung sich nicht auf wirtschaftliche oder politische Einzelarbeit beschränken, sondern daß man den Grund legen solle für einen Neubau des deutschen Staates. Grundzüge dafür müsse sein eine konserverative, christliche Gestaltung, die anerkenne, daß die Nation dienende Glieder in einer von Gott gegebenen Ordnung seien. Die Aufgabe christlicher Gestaltung müsse am Anfang einer jeden Staatspolitik stehen, denn aus ihr entspringe sich das Verantwortungsbewußtsein des Einzelnen gegenüber der Gesamtheit. Konserverative Gestaltung fordere eine Staatsgewalt, die auf Autosität gegründet sei und die stark und unabhängig sein müsse, damit von ihr Befreiung ausgehen könne. Der Kanzler wies dann darauf hin, wie die Verträge von Döhlau und Bessien einen Sturm von rechts und links gegen die gleichmäßige Handhabung des Rechts hervorgerufen habe, wie man die Objektivität der Reichsregierung als einen Schimpf hingestellt habe. Es liege die Pflicht der Staatsgewalt, solcher Verhöhnung des politischen Komplexes entgegenzutreten. Zur Führung der Nation könne nur zu gelangen werden, wer sich freiwillig in ihre Gesetze einordne. Die Zielsetzung, die aus dem Aufruf Hitlers spreche, solle nicht zu seinen Anprühlungen auf die Staatsführung. Die Anerkennung des gleichen Rechts, das für alle deutschen Staatsbürger gilt, will der Kanzler nicht weniger ergötzen.

Er sei sehr entschlossen, die folgende Güte des Bürgerkrieges anzustreben.

Uebergehend zu den wirtschaftlichen Fragen, erklärte der Kanzler, daß die Regierung selbstverständlich der Sanftmütigkeit, der sich die Nation immer erneut moralisch und wirtschaftlich verpflichte, mit Kräften helfen werde. Aber ihr Schicksal sei mit dem der deutschen Gesamtwirtschaft untrennbar verbunden. Erste Voraussetzung für Bekämpfung der Gesamtwirtschaft sei die Förderung des Binnenmarktes. Der Gehalte der Wirtschaft sei abzulegen, denn Deutschland könne nicht auf seine Wirtschaftsbeteiligungen verzichten, und es müsse die Arbeitslosigkeit, die der Auslandsmarkt auch heute

noch nicht ausmachen. Aber die Grundlagen der Ernährung müssen im Binnenland sichergestellt werden. Reichsgröße für eine dafür erforderliche maßvolle Regelung der Einfuhr seien bereits gefast.

Zur Bekämpfung der ungeheuren Not, die aus der Schrumpfung der Wirtschaft und der unaufhaltsam fortschreitenden Deflation hervorgegangen sei, müsse zunächst diese Deflation beendet werden durch grundsätzliches Herumwerfen des Scheiters.

Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft soll nach folgenden Grundrissen erfolgen:

## Abwarten auf der Leipziger Messe Deutschlands Wirtschaft nach Papens Erklärung vor neuen Räteln

Man ist in die desöberste Herbstmesse, die am Sonntag in Leipzig eröffnet wurde, nicht mit besonders großen Erwartungen hineingegangen. Allerdings sagt man sich, daß die Läger im Handel gedrückt sind, daß die Preise Neigung zum Ansteigen zeigen und daß ein ungeheurer Bedarf auf allen Gebieten besteht.

Gerade die verschiedenen Preissteigerungen für Rohstoffe, die sich in Leipzig z. B. für Normalmollartitel in einer Preishebung auswirken, müßten unter normalen Umständen zum Kaufen anregen. Aber findet die Messe aber unter durchaus anomalen Verhältnissen statt. Die politische Unruhe und Unsicherheit läßt es dem Praktiker gerade erscheinen, weiter abzuwarten. Man

will wissen, was nun wirklich in Deutschlands Wirtschaft wird. Der neue politische Kurs hat die Unsicherheit nur gesteigert. Vor allem hat die Rede des Reichsanwalts in München, die man auf der Messe eifrig beipflichtet, die Kaufmannschaft vor neue Rätel gestellt. So fragt einer den anderen, ob er sich etwas unter den Papenschen Steuerthesen vorstellen könne. Wenn gewisse Kreise von der Erklärung des Reichsanwalts in München befestes Wirtschaftswetter erwartet haben, so trifft das für die Messe sicherlich nicht zu.

Man kann erwarten, haben die Kaufleute immerhin Anstrengungen gemacht, um ins Geschäft zu kommen.

Das Geschäft war am Sonntag äußerst still.

# „Alte Kameraden“

## Dietrich-Mörder Gräpner ein Insurgent und französischer Spion

Deußen, 27. August. (Eigenbericht.)

In der Potsdamer Morbtroge werden die Nationalsozialisten die Mordtaten zu Sünden zu klempfen, indem sie behaupten, daß hier „nur ein früherer Insurgent“ erwidert sei. Statt gerichtlicher Strafen verdienen die SA-Männer den Dank des Vaterlandes. Abgesehen von der damit verbundenen politischen Vertiefung gefährden die Nazis durch diese Argumentation auf das schwerste die oberflächlichen Interessen. Erklärt man die in den Abtinnungskämpfen für Polen eingetretene Bevölkerung in Deutschland für vögelrei, werden die politischen Nationalisten keinen Augenblick zögern, die sehr starke deutsche Minderheit in Ostoberschlesien genau so unter Terror zu setzen.

Unlere deutschen Brüder jenseits der Grenze müßten dann zu Tausenden für die Sünden dießseits der Grenze büßen.

Man braucht in diesem Zusammenhang nur an den Wabtrierer und die Injurantenverfälle in Birkenfeld und Gollasowitz zu erinnern, um davon zu warnen, das Los der Deutschen in Bistulitz-Polen noch mehr zu erschweren.

Nicht aber ist der ebenfo abstoßende wie gefährliche Heldenschwund der Nazis gefaßt. Hitters Kamerad Gräpner, ein Hauptbeteiligter bei der Ermordung des Arbeiters Dietrich, SA-Held und Grenzlandmilitär, ist ein alter Insurgent.

Gräpner war im Jahre 1919 bereits auf polnischer Seite zu finden. 1920 kam er in Friedenshäftnis zu dem deutschen Selbstschutz und betätigte sich dort als Doctipiel in Diensten der französischen Besatzungstruppe.

Er verriet den Franzosen sämtliche Abwehrpläne des Friedenshäftlers Selbstschutzes.

Als kurz vor der Abstimmung, am 2. März 1920, der Selbstschutz eine Sicherung der deutschen Volksinteressen plante, wurde diese durch Gräpner den Franzosen verraten, die daraufhin eine Anzahl Kämpfer für die deutsche Sache verhaftete und zu schweren Kerkerstrafen verurteilte. Zu gleicher Zeit verriet Gräpner ein deutsches Waffenlager, das von den Franzosen ausgehoben wurde. Hierbei wurde Gräpner entlarvt. Innerhalb des Selbstschutzes wurde beschloffen, an Gräpner wegen fortgesetzten Betratts ein Gemeurteil zu vollziehen.

Gräpner schloßte aber rechtzeitig zu den Polen und kämpfte als Insurgent gegen die deutschen Friedenshäftler.

Bei dem Abzug der französischen Besatzungstruppe ging er mit dieser und trat in die Fremdenlegation ein. Vor einigen Jahren kehrte er aus der Fremdenlegation zurück und ist heute Hitters Kamerad und Nationalbeteiligter der SA. Hier können Herrn Hitter zu diesem Vödelgeplatter des Dritten Reiches nur gratulieren!

# Das Sprengstoff-Nazikomplott

## Hitters Abgeordneter als Anführer

Kassel, 27. August. (Eigenbericht.)

Vor einigen Wochen wurden in Kassel zwei Mitglieder der NSDAP, der SA-Führer Wolgast und der SA-Mann Albert Höger wegen Wasserbombenfabrikation bei der Kassel-er Schußpolizei verurteilt. Beide Verurteilten blieben in Haft, da sie in einem Sprengstoffdiebstahl verwickelt waren. Dieser Sprengstoffdiebstahl ist jetzt aufgeklärt. Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Werne, der neben dem früheren Polizeikommissar Kricke eine Hauptrolle im Wasserbombenfabrikationsprozess spielte, zur Zeit sich aber in Danzig, also im — juristischen — Ausland aufhält, hat auch bei diesem Sprengstoffdiebstahl an führender Stelle mitgewirkt.

Auf seinen Befehl wurde ein junger Angekellter eines in Hringenhäusen befindlichen Spreng-

stofflagers veranlaßt, 100 Pund Sprengstoff zu entnehmen, der dann bei Nazisgenossen verstreut wurde. Dem Sprengstoffdiebstahl wurde aber Angst, weil ihm das Versteck nicht sicher genug erschien, und er verlangte die Mitgabe des Sprengstoffes.

Es sei dabei daran erinnert, daß im Wasserbombenfabrikationsprozess auch der damalige Angekellter Höger erklärt hatte, er wolle die Waffen zurückbringen. Das sei ihm jedoch von seinem Vorgesetzten verne abgelehnt worden. Im jetzigen Falle jedoch rühte Werne den Sprengstoff wieder heraus, der dem Sprengstofflager wieder zugeführt wurde. Nachdem die Ermittlungen in dieser Angelegenheit so weit gediehen sind, daß Verurteilungsgesuche nicht mehr zu befürchten sind, wurde Höger auf freies Fuß gesetzt. Werne und Kricke sind immer noch unerschickbar.

## Aufgeklärte Mordtat

### SA-Mann erschößt Reichsbannerführer Rohahn

Königsberg, 28. August. (Eigenbericht.)

Der an dem Reichsbannerführer Rohahn am 6. August in Köhn verübte Mord ist nunmehr aufgeklärt. Das Verbrechen wurde, wie amtlich festgestellt wird, von einem SA-Mann begangen. Er legte zwar die Tat, kann aber auf Grund des beigebrachten Beweismaterials als überführt gelten. Zusammen mit elf weiteren Personen aus Köhn und Umgegend, die fast durchweg der SA angehören, war er gleich nach der Tat wegen Landfriedensbruch in Haft genommen worden.

## Aus dem Zuge geworfen

### Zurückbares Ende eines politischen Streites

Schwerin, 27. August. (Eigenbericht.)

Ein aufsehenerregender Vorfall ereignete sich am Sonnabendvormittag in der Nähe der Ortschaft Bad Kleinen. Dort wurde nach den Feststellungen der Fahndungspolizei der Reichsbahn am Freitagabend spät ein junger Mann, und zwar der Kellerbedient Hans Ulrich Milban, aus dem fahrenden Zuge von Mitreisenden hinausgeworfen. Es wird angenommen, daß die Täter drei Personen sind, mit denen Milban in einen politischen Streit geraten war. Milban, der bewußlos aufgefunden wurde, liegt zur Zeit noch schwerer danieder. Er hat außer mehreren Rippenbrüchen auch eine Gehirnerschütterung davongetragen. Der Tatverdächtige sind drei Personen, die in der Nacht von Jagowen nach Hamburg weitergefahren sein sollen.

## Arbeitsdienstschule

### Schöpferisches von einer Naziregierung

Schwerin, 27. August. (Eigenbericht.)

Die nationalsozialistische Regierung in Medienburg-Schwerin veröffentlicht am Sonnabend eine amtliche Pressemitteilung, in der sie Rückschlüsse darüber gibt, in welcher Form der Arbeitsdienst in Medienburg durchgeführt werden soll. Zunächst werde ein Schulungslager zur Ausbildung geeigneter Führer im Arbeitsdienst eingerichtet. Das Schulungslager soll in kürzester Frist eingerichtet und es soll eine Stamm- und Gehaltsstellung für den Arbeitsdienst aufgestellt werden. In diese Gehaltsstellung sollen nur Reichsangehörige im Alter von 19 bis 25 Jahren eingestellt werden, und zwar unter der Voraussetzung, daß sie gesund sind, eine einwandfreie Führung nachweisen können und Lust zum Arbeitsdienst überhaupt haben. Nur in besonderen Fällen will man auch Verheiratete heranziehen.

Nach den weiteren Mitteilungen der Regierung soll die Ausbildung in der Gehaltsstellung drei Monate dauern. In dieser Zeit wird den Teilnehmern des Lehrganges freie Unterkunft und Verpflegung, freie Kleidung und ein tägliches Taschengeld in Aussicht gestellt. An den ersten Tagen des September sollen in den verschiedenen Kreisen Medienburgs die Werbungen der Leute für den Lehrgang beginnen. Die Ausführung der Regierungspäne soll in den Händen der Amtshauptleute, also der Landräte, liegen.

## Dr. Numm gestorben

Der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Numm ist nach längerem Krankenlager in Berlin gestorben.

## Studenten spielen Stahthelm

### Besuch bei Oldenburg und Hindenburg

Königsberg, 27. August. (Eigenbericht.)

Durch Ostpreußen marschieren gegenwärtig Angehörige des Stahthelm-Studentenringes Langemart in selbstgeordneten Uniformen und mit Stahthelm ausgerüstet. Am Freitag marschierten sie nach Schloß Reudke, wobei sie der Reichspräsident eingeladen hatte. Am Tag zuvor hatten die Stahthelmstudenten einen Empfang in Deutsch-Spau. Hier wurden sie u. a. von dem Ehrenmitglied des Stahthelms, Kammerherren v. Oldenburg-Samschau, begrüßt. Bei dieser Gelegenheit hat der alte Bauhauener nach dem Bericht der Korrespondenz Ostpreußen des W.F.B., der später allerdings zurückgezogen wurde, folgendes gesagt: „Die preußische Königstrone liegt in der Welt, aus ihr muß sie herausgeholt werden.“ Sein Bekenntnis zum Monarchismus spiegelt in den Worten: „Ohne deutsches Kaiser kein Reich und ohne König kein Preußen!“, und er wünschte, daß Hindenburg die Kraft erhalten bliebe, vorwärts zu gehen ob mit oder ohne Parlament, wahrscheinlich ohne!

## Kammerfenstertragödie als Rotmord

### Der „Wöltische Beobachter“ erfindet politischen Lokstias

Eine lehrreiche Illustration dafür, wie die Nazipresse den sogenannten „Rotmord“ konstruiert, ist eine Kammerfenstertragödie, die sich am 2. Mai dieses Jahres in Jorling in Oberbarnen zutrug und bei der der nationalsozialistische Dienstnachricht Hils ums Leben kam. Ohne den Schalten eines Beweises machte der „Wöltische Beobachter“ und die übrige Nazipresse aus der Ungegenwart einen „Rotmord“ und erhob erst kürzlich in einem blutdürstigen Artikel über eine ganze Seite hinweg schwere Vorwürfe gegen Polizei und Justiz, daß sie die kommunistischen Mörder unbestraft läßt. Nun wird amtlich mitgeteilt, daß gegen acht Teilnehmer an dem leinerzeitigen Raubhandeln seit 19. Mai gerichtliche Voruntersuchung schwebt und daß sich der Haupttäter nach wie vor in Haft befindet. Ausdrücklich wird festgestellt, daß für einen planmäßigen Überfall aus politischen Beweggründen die Unternehmung bisher nicht den geringsten Anhaltspunkt ergeben habe. Der den Ausgangspunkt des Raubhandeln bildende Streit sei nicht politischer Natur gewesen.

## Die Wahl des Reichstagspräsidenten

### Kommunisten wollen für einen Sozialdemokraten stimmen

In Übereinstimmung mit der kommunistischen Reichstagsfraktion hat der Zentralausschuß der kommunistischen Partei einen Beschluß gefaßt, der sich für die Auswählung der Nationalsozialisten bei der Wahl des Reichstagspräsidenten einsetzt. Die Kommunisten werden im ersten Wahlgang für ihren eigenen Kandidaten stimmen. Sollte in diesem Wahlgang der nationalsozialistische Kandidat durch das Verhalten des Zentrums nicht gewählt werden, so wollen die Kommunisten im zweiten Wahlgang ihre Stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten abgeben, um die Wahl eines Nationalsozialisten zum Reichstagspräsidenten zu verhindern. In dem Beschluß wird weiter gefaßt, daß die kommunistische Partei durch die Wahl der Sozialdemokratie abgesehen von ihren Kampf gegen die Führer der Sozialdemokratie abgesehen von gebente.

## Dapen antwortet Kerri

### Preußenregierung fällt sich nur dem Reichspräsidenten verantwortlich

Herr von Dapen hat jetzt das Schreiben des Landtagspräsidenten Kerri, in dem dieser auf die Annehaltung der Verfassung (11) drängte, beantwortet.

Herr von Dapen legt in seinem Antwortschreiben nochmals Nachdruck auf die Versicherung, daß die kommunistische Preußenregierung sich für ihre Handlungen nur dem Reichspräsidenten und nicht dem Preußischen Landtag verantwortlich fühlt. Herr von Dapen gibt zu, daß das Fehlen einer dem Landtag verantwortlichen Regierung in Preußen ein höchst unerwünschter Zustand ist, für dessen Beseitigung die Voraussetzungen jedoch noch nicht gegeben (?) seien.

Das von Herrn Kerri gewünschte Eingreifen des Reichspräsidenten in die Richtung, die Änderung der Geschäftsordnung des Landtages durch Votierung für nichtig zu erklären, lehnt Herr von Dapen gleichfalls ab. Hier sei vielmehr für die beteiligten preußischen Glieder der Weg über den Staatsgerichtshof gegeben.

Man darf gespannt sein, was Herr Kerri, der Leiter des Reichsbüros des Reichspräsidenten und neue Hüter der Verfassung, nach dieser Wahl nunmehr unternehmen wird.

## Aufgepaßt, Herr Schleicher!

### Nationalsozialisten drohen Dapen mit der Reichsmehr

Der nationalsozialistische „Weltdeutsche Beobachter“ veröffentlicht unter der Überschrift „Dapen, der Kerri“ einen Aufsatz, in dem u. a. ausgeführt wird:

Herr von Dapen dürfte sich doch darüber klar sein, daß es in Deutschland nur zwei harte Altina für die politische Gestaltung der Zukunft gibt: Den Nationalsozialismus und die Reichsmehr. Vor dem Volke und der Geschichte hat es Herr v. Dapen zu verantworten, daß er im entscheidenden Augenblicke den Ruf der Nation nicht gehört hat und die beiden Wädhle, die zusammengehören, wenigstens vorübergehend, in zwei Lager trennte. Die Gründe dieses Vorgehens mögen vielfältig sein, sie operieren aber wieder mit der stagnierenden Autorität des Reichspräsidenten und leugnen die blutvollen Lege des deutschen Volkes.

Es ist unmöglich, daß Herr v. Dapen die Entmischung zum neuen Staat hindert, er kann sie nur aufhalten. Denn

Die Dapen zwischen Nationalsozialismus und Reichsmehr waren ohnehin nie tief.

Es werden eben andere Wege beschritten werden müssen, um das Recht des Nationalsozialismus auf die Macht in Deutschland erneut anzunehmen. ... Der, wenn nicht die Nationalsozialisten, hat den Weg, der zum 20. Juli führte, mit seinem Blute begünstigt? Hinter dem Hauptmann, der die roten Nachbatter aus ihren Nennern vertrieb, stand unglücklich

die genastliche braune Arme Hitters.

Groener hat die nationalsozialistische Zerlegungsarbeit in der Reichsmehr betämpft und die SA verboten. Schleicher hat das Verbot der SA wieder aufgehoben und durch seine freundschaftlichen Verhandlungen mit Röhm und Hitter den Einbruch hervorgerufen, als sei die Unterstellung der Reichsmehr unter nationalsozialistisches Parteiformando ein Frage der nächsten Zeit. Folge davon ist, daß jetzt öffentlich durch die Presse der vom Reichspräsidenten ernannten Regierung mit einer Mehrheit der Reichsmehr bedroht wird! Dafür also mußte Groener allein?

Wäre Groener schadenfroh, er könnte sich über den Erfolg der Schleicher-Politik die Hände reiben. Aber die Dinge sind doch zu ernst, um bei einem verantwortungsbezoehnten Mann solche Beslüsse aufkommen zu lassen!

## Bracht und der Landtag

### Kommisar-Regierung brüstet Gemeindevauschuß

Ueber den Beschluß des Gemeindevauschusses des Preußischen Landtags äußerte sich der kommunistische Innenminister: Die so gut wie einstimmige Ablehnung der Maßnahmen der kommunistischen Staatsregierung über die Zusammenfassung von Landkreisen und die Aufhebung von Amtsgerichten wurde ihm in keiner Weise überrascht. Schon in wesentlich ruhigeren Zeiten seien die Änderungen von Gemeinde- und Kreisgrenzen beim Parlament auf fast unwiderstehliche Schwierigkeiten gestoßen. Er erinnere nur an die unerhörten Kämpfe wegen des Umgemeindegelages im rheinlich-westfälischen Anhaltgebiet im Jahre 1929.

Von einer wesentlichen Benachteiligung der Bevölkerung könne keine Rede sein. Am Orte der aufgehobenen Amtsgerichte, deren Richter und sonstiges Personal nicht mehr voll zu beschäftigen gewesen seien, würden in Zukunft Gerichtsstage abgehalten, die der Bevölkerung fast in allen Fällen den Weg zum neuen Gerichtshof ersparten. Das den Substitutionsort mit den Landratsämtern anlange, so seien die allenthalben erhobenen beweglichen Klagen darüber, daß die Kreisangehörigen nunmehr zum Teil sehr viel weitere Wege zum Landratsamt hätten, maßlos übertrieben. Es werde dabei übersehen, daß das Landratsamt nicht losrei „Lautsundlich“ habe, wie dies von den Gegner der Reform behauptet werde und daß die Eingänge im wesentlichen bei den kreisangehörigen Gemeinden und Städten bearbeitet werden. Am Zeitraher des Kraftmangels hätte sich im übrigen die Praxis herausgebildet, daß der Landrat über alle wichtigen Fragen, an denen er als staatlicher Beamter oder als Leiter der Selbstverwaltung mitzuwirken habe, an Ort und Stelle mit den Beteiligten verhandelte.

Die Zusammenlegung von Kreisen, deren Zukunft im Zeit alter des Telefons und der modernen Verkehrsmittel eben zu klein sei, sei der erste und notwendige Schritt für eine Verwaltungsreform gewesen.

Rechtlich habe sich die kommunistische Staatsregierung vor folgender Situation befinden:

Die Notverordnungen des Herrn Reichspräsidenten vom 24. August 1931 und vom 6. Oktober 1931 hätten den Landesregierungen das Recht und die Pflicht ausgedrückt, alle zur Ausgliederung der Haushalte erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Auf dieser Grundlage habe dann die frühere preußische Regierung bereits am 23. Dezember 1931 die Verminderung der Zahl der Landkreise und die Aufhebung von 60 Amtsgerichten grüßlich angeordnet und zwar mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 ab.

An eine Aufhebung dieser Maßnahmen im ganzen sei nicht zu denken. Er halte es auch für ausgeschlossen, daß irgendein künftige preußische Regierung, die von Verantwortungsgefühl getragen sei, sich dazu entschließen würde. Auch ein Beschluß des Landtages würde die kommunistische preußische Staatsregierung von der Erkenntnis nicht abbringen, daß die Durchführung der Maßnahmen nicht abändern und sie zu einer Verdrängerung der Verordnungen nicht veranlassen können.



sein Interesse mehr haben, meldet der Unterbezirk Mansfeld daß vier Parteimitglieder zu den Nazis übergetreten sind, während aus der Zugangskategorie zu ersehen ist, daß im ganzen Bezirk von den Nazis kein Arbeiter für die SPD gewonnen werden konnte.

Sie zeigt sich, daß es die SPD nicht versteht, selbst in ihren eigenen Reihen die Gefährlichkeit des Faschismus für die Arbeiterbewegung aufzuzeigen, daß seine genügende Klarheit über die Rolle der NSDAP besteht. Ja, es zeigt sich hier, daß die Kommunistische Partei mit ihrem Nationalsozialismus von der nationalen und sozialen Befreiung zum Mitgliedererwerb der NSDAP übergegangen ist.

Die das alles feststellen, sind Kommunisten — und die müssen es ja wissen, was mit der „einigen Arbeiterpartei“ los ist.

Eine mutige Frau. Frau Erna Wanger aus der Rudolf-Saun-Strasse in Halle hatte am 14. Juni einen Jungen vor dem Ertrinken gerettet. Der Regierungspräsident hat ihr dafür seine lobende Anerkennung im Regierungsamtblatt ausgesprochen.

Das hätte man sich sparen können. Am Sonnabendabend geht auf dem Schloßhof ein Schahino in Brand. Man weiß es für nötig, daß die Feuerwehre zu alarmieren. Dem Schahino hätte man sich aber ersparen können, denn beim Eintreffen der Feuerwehre hatte der Führer den Brand bereits selbst gelöscht.

Ein Wächter des Sports. Bei einem Spiel auf dem Sandbagger brach gestern nachmittags ein Fußballer einen Unterschenkel. Er mußte ins Städtischen Krankenhaus gebracht werden.

### Wenn der Gerichtsvollzieher einen „Nationalen“ besucht

Daß einem heute mal der Gerichtsvollzieher auf die Spur gerät, können kann, ist bei den meisten Zeiten wohlrich kein Schand. Und daß dieser Mann mit den höchsten Wochelohn, den er überall anknüpfen besteht ist, nirgendwo ein gern gesehener Gast ist, braucht man nicht zu erwähnen. Doch er wirkt sich schmerzes Amt hat, das ist zweifellos auch eine Binsenwahrheit. Sie muß manne Groddtheit einfließen und hat jeder schon ein so jedes mal. Wenn ihm aber mal die Galle überläßt und er wegen dummer Beleidigungen und Trübungen Anträge erstatet, dann muß die Sache schon „mächtig“ die, wie man so zu sagen pflegt.

Ein Gerichtsvollzieher in Halle hatte pflichtgemäß bei einer Familie das drittmal zu tun. Als er die Wohnung der Schuldner betrat, ließ die Frau einen Sturzgang von Schimpfworten auf den Gerichtsvollzieher niederprasseln. Der Mann wollte sich wenigstens einige von ihnen als Andenken notieren, da sich ihm die Amalgam noch eins vor die Brust, daß es nur so fruchtete.

Ungerechtes: Verhandlung vor dem Einzelrichter. Da wollte die „friedliche“ Frau gleich ein bißchen gefetzt haben, nur einmal habe sie „damaliger Kerl“ gesagt. Bittere Jahren rollen ihr über die Wangen, daß man ihr überhaupt irgendwelche Schiedsrichter zutrauen könnte. Und ihr als Rechtshilfe aufzutreten Obemann er! — Ich siehe auf nationalem Standpunkt und bin kein Kommunist: der Gerichtsvollzieher hat in meiner Wohnung geist, als ob er sich in einer kommunistischen Verbrechenshöhle befände“ ballerte er mit gestäubtem Kattierbart in den Gerichtssaal.

Da haben wir's! Wie kann es auch ein Gerichtsvollzieher des „Zitiens“ wagen, bei einer „nationalen“ Familie zu pfänden! Das dort man doch nur in einer „kommunistischen Verbrechenshöhle“ tun. Und wenn eine „nationalen Frau“ wie eine Wogara schimpft, so ist das mal in irgendeinem Gemeinwesen, als eine echte tätige Frau die Pein und Verd verdient.

Der Richter hatte aber gar kein Verständnis dafür, sondern schied, daß ein Beamter, der auf rechtmäßigen Ausübung seines Amtes in ein Haus kommt, den Schand der Bekete genießen muß, wenn ihm so etwas die Wochelohn überläßt. Also wurde die Frau verurteilt zu 50 RM Geldstrafe, und wenn sie nicht bezahlen kann oder will, soll sie 15 Tage brummen.

Neue Besetzung, Gummi u. Koden, dreimal halbarere als Leder; Gummi-Abzüge; Einlegesohlen, Kontabieren u. Rissen. — Spezialist. Gummi-Bieder, Galle, Gr. Steinstr. u. Brühlstr.

## E. Weissenborn-Danker Die „Mausefalle“

Roman aus Berlin N

40) (Nachdruck verboten.)  
„Ich bin sonst 'n guter Mensch, Dela. Wohchhätt. — Das sehen Sie schon daran, wie ich Sie bedanke. — Dela, sagen Sie, war ich schon mal schuldig zu Ihnen?“  
„Ne, Herr Veit. Aber all Ihre Güte in Ehren. — das, wie Sie mit dem Jung sind, das ist trotzig drecks. Und wenn Sie so befehlen, dann kündige ich an nächsten Erten.“  
„Del! — Wegen dem Lapps, was wollen den Rämmel wollen Sie hinaus?“  
„Nicht wegen dem Schmieid, Reefe. — Re. — Aber wegen mit Reefe. An 'nem Haus, wo man seinen Sohn so behandelt...“  
„Sie werden mich fortgehen, Dela.“  
„Es hängt von Ihnen ab, Herr Veit.“  
„Soll ich dem Bengel etwa 's Maul lecken?“  
„Das verlangt kein Mensch. Ihn anständig befragen. Weiter nichts.“  
„Er armete tief.“  
„Und wenn ich das tue?“  
„Dann bleib' ich.“  
„Ich will's tun, weil — Sie mich drum bitten.“  
„Dank drauf!“  
„Schön, Herr Veit. Wollen Siehen, ob die Wort halten können. Rechnen Sie's, drech' ich mein. Ich lann jeden Tag 'n andere Stelle kriegen.“  
„Dela. — noch ein Wort. — Sind Sie verliebt in den Lapps?“  
„Ich den! nicht dran.“  
„Sich auch nicht für Sie, Dela. Kom, wie 'n Airchenmaus. Trätmach seinen roten Keller. Ariegit auch nichts. Seine Mutter hat ihr Geld an mich gegeben, und von mir, — na, daß er von mir nichts zu erwarten hat, das weiß er wohl selber. Wird ewig in hungertige Ruder bleiben.“  
„Darüber brauchen wir uns den Kopf ja nicht zu zerbrechen.“  
„Ne, das brauchen wir nicht. Fällt uns ja gar nicht ein. Dazu ist der Bengel — Dela, wo sind Sie denn gelieben?“  
„Ich hab' ja tun“, rief's hinter der Tapetiererei. „Ich hab'...“  
„Und dann ein großer Zug in die Stube, und dann...“  
„Ein schelmisches flüstern.“  
„So, Frau Veit, nun kann er kommen sooft er will. Ihr Mann wird sich schon in acht nehmen.“  
„Und er kam.“  
„Nach ganz kurzer Zeit konnte Dela den Hund, mit dem die Stängel angriffen, wenn er die Tür öffnete. Sie trat dann aus der Stube heraus.“  
„Sind Sie's, Herr Reefe?“  
„Ich selbst, Fräulein Dela.“  
„Kommen Sie schnell mal ranter.“  
„Er kam dann den Gang hinunter in die Küche.“

# Hauszinssteuer und Mietbeihilfen

## Nachteile zu dem System der Hauszinssteuer-Einstellung

Der Antilige Preussische Preßeschrift stellt mit: So richtig auch die prinzipiellen Erwägungen waren, die zu der Umstellung des steuerlichen Systems der Steuerhebung nach § 9 der Hauszinssteuerverordnung für stützbedürftige Mieter auf das System der Mietbeihilfen in der preussischen Rotterordnung vom 8. Juni 1923 geführt haben, so haben sich doch immerhin zu jener Bedenken gegen die praktische Durchführbarkeit des neuen Systems ergeben, daß es geboten erscheint, zu dem System der Hauszinssteuerumstellung — allerdings in wesentlich veränderter Form — zurückzukehren.

Die Steuerumstellung soll nicht mehr nach dem schematischen Größensminimum von 1200 RM. richten, was zudem sich bei der Berücksichtigung der Kaufkraft in Stadt und Land, im Westen und Osten, ganz verschieden auswirkt, sondern

### Gedehleben: insgesamt 265 Monate Gefängnis!

Das Urteil im zweiten Gebersleber Landfriedensbruchprozess. — 25 Angeklagte freigesprochen.

Nach mehrjähriger Verhandlung wurde das Urteil im 2. Gebersleber Landfriedensbruchprozess gefällt. Von den 41 Angeklagten wurden die in Gruppe A eingestufteten 25 freigesprochen, weil sie erst hinter am Schluß der Zusammenkunft eingetroffen sind und an den Ausstellungen nicht teilgenommen haben. Die übrigen 16 Angeklagten, unter denen sich auch der kommunistische Provinziallandtagsabgeordnete Halle und besterhieser Gebersleber Arbeiterführer Hermann G. Die Unterurteilungsbehörde wurde ihnen angedeutet und für den Rest der Strafe Bewährungsfrist zugewilligt. Der Staatsanwalt hatte gegen sämtliche 16 Angeklagte je drei Monate Gefängnis beantragt. Mit Ausnahme von Otto Gollis wurden die Angeklagten aus der Haft entlassen.

Damit ist die Staatsaktion, zu der der kommunistische Ausschuss zu einer Endabklärung auf hauptsächlich Veranlassung eines vorläufigen Sonderkommissars gemacht worden ist, beendet. Von insgesamt 114 Angeklagten haben 47 noch die Haftstrafe zu befehlen über je drei Monate Gefängnis angenommen. 36 hatten sich in zwei Prozessen vor Gericht zu verantworten, wobei 28 freigesprochen, 30 zu je drei Monaten Gefängnis, 4 zu je vier Monaten und drei zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Gegen alle Beteiligten, und sogar gegen Ernst Georgi aus Gießen, der sich mit einer Teilnehmerleistung im Gießener Straßenausschlag befindet, und gegen Otto Paul, der flüchtig ist, dürfte in besonderer Verfahren verhandelt werden. Denn: Gerichtigkeit muß sein!

### Ein Verfahren gegen Kommunisten eingestellt

In der Nacht zum 29. Juni sind es an der Gd. Werkzeugschule und Thüringer Straße zu einem Zusammenstoß gekommen. Nach der Mitteilung des Polizeiberichts sollen Kommunisten auf Besessenen aufgetreten haben. Die letzte die Zufuhr freigestellt mittels; haben die keine Beweise für die Schuld der Kommunisten ergeben. Ein angelegtes Verfahren ist daher eingestellt worden.

Wohlfühl-Theater. Mittwoch zum letzten Male die lustige Aufstaltungs-Revue „Recht ohne Frauen um mich sein“.

ste muß auf den fürsorgereichen, individueller auszuliegenden Begriff der Mißbezügliche eine laufende Unterzucht werden. Mieterwohnungen sollen demnach nur gemietet werden, bei Mietwohnungen oder Zellen von Mietwohnungen, a) wenn Mieter nachweislich eine laufende Unterzucht in Höhe des Betrages, um den die laufende Unterzucht sonst höher sein müßte; b) wenn Mietern nachweislich eine laufende Unterzucht gewährt werden müßte, weil sie sonst die volle Miete nicht zahlen könnten; c) soweit die Eingebung eines der gesetzlichen Miete entsprechenden Mietzins dem Eigentümer nachweislich nicht möglich ist.“

In der demnach erscheinenden Verordnung ist die Rückwirkung der Neuregelung vom 1. Juli 1923 ab vorzusehen.

### Zugung der Blumengeschäftsinhaber

Vom 26. bis 28. August tagten in Halle die Vertreter der deutschen Blumengeschäfte. Die Anträge, die von den Gruppen des Verbandes Deutscher Blumengeschäftsinhaber zu dieser Zugung eingereicht wurden, spiegeln die große Not wider, in der sich der deutsche Blumengeschäftsinhaber befindet in einer Zeit, in der der Kampf um Dasein in dem einzelnen nicht erlaubt, für einen weniger wichtigen Bedarfgegenstand wie die Blume die besten Mittel aufzuwenden wie früher. Es wurde eine weitere Festsetzung der Bodenmieten und eine Herabsetzung der Umfassungssteuer gefordert, da der Blumengeschäftsinhaber in dieser Hinsicht nicht in der Lage ist, seine Unkosten mit den ersten Einkünften zu decken. Um den Zugang zum Bindenrinnenbau anganzeln, wurde beschlossen, in Anticipation an die bestehenden Prüfungsstellen eine Güterprüfung für die Seilzüge der Binderei einzuführen. Eine besondere Bedeutung innerhalb der Einrichtungen des VDB. nimmt die Blumenpflanzen-Bermittlung (Züchtung) an. Da diese Einrichtung immer noch viel zu wenig bekannt ist, soll auch in diesem Jahre ein Züchtungs-Kongress abgehalten werden. Mit der Zugung verbunden war eine Blumenfest mit Binnereinstellung im Stadtschützenhaus, über die wir berichtet haben.

Der Hefen Halle-Lotha auf der Leipziger Messe. Die Mittelbedeuten Halle, hat, wie bereits in den Vorjahren, so auch diesmal einen Stand auf der Leipziger Baummesse, und zwar in der Abteilung Industriepflanzen der Halle 20 eröffnet. Der Stand zeigt die Leistungen des Hafens Halle-Lotha zur mitteldeutschen Wirtschaft, zum mitteldeutschen Verkehr und zum Weltverkehr und wird alle Beobachter die traditionellen Vorteile der Baumzucht des Hafens Halle-Lotha für die Fortentwicklung des deutschen Handels bei Einfuhr und Ausfuhr deutlich vor Augen führen.

Wirtschaftskrise und Kinobesch. In den letzten Wochen haben in Berlin über 100 Kinoschließungen stattgefunden. Infolge der ungenügenden Wirtschaftslage ist die Beschäftigung der Kinos gegenüber vorigem Sommer um etwa 40 Prozent zurückgegangen.

Günstige Gelegenheit zum Besuch der Leipziger Herbstmesse. Die Reichsbahn macht auf die günstige Gelegenheit zum Besuch der Leipziger Herbstmesse am Mittwoch, dem 31. August, und Donnerstag, dem 1. September, aufmerksam. An diesen beiden Wochentagen werden die Kontingentsfahrkarten mit Preis 200 Mark auswärts an jedem Montag gültigen. Die Fahrkarten können am Schalter der jeweiligen Messe-Eintrittsstellen (1,50 RM.) gelöst werden.

Spülapparate Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41, Leipzig-Str. 61/62

„Wenn Sie jetzt Lust haben, Herr Reefe, dann geh' ich Ihnen die neue Sage, die Sie gestern gelesen haben.“  
Dela wachte nicht, warum sie in einer rathelosen Annähe ans Fenster ging, den Männern nachschau, als sie im Schuppen verschwand, und wartete, bis sie in lebhaftem Gespräch wieder auf dem Sofa erschienen.  
Sie empfand diese plötzliche Furcht sehr oft.  
An einem Abend, als die Frau und der Rote in der Kaffeehaus aufstehen, kam der Schmieid Reefe mit einem Zambretti.  
Wenn's ihr recht ist, wollten sie Wähle spielen.  
Die gültete die Lampe an, zog die Vorhänge vor und schob die Stühle zurück.  
„Wo wollen Sie sitzen, Heinrich?“  
„Ich je“, sagte er, „da ich ich dem Wirt seine Zeitung lasen.“  
Der wird wohl gleich kommen und lesen wollen.“  
„Schad das was?“ fragte sie unruhig.  
„Ich komm' dann lieber morgen wieder, Dela.“  
„Warten Sie mich! Ich hab' noch ein Spiel.“ Sie lief auf den Gang und stand eine kleine Weile unglücklich.  
Unten aus dem Keller kam Reichen und das Rollen eines Postfasses. Einemuffende Rufe polterte, ein paar flischen Klirren.  
Sie brachte die Kellertür an und drehte leise den Schlüssel um. Kleine Rufen und Stumbrufen zu und wieder am Tisch.  
„Der Wirt kommt jetzt nicht.“ Die beiden Frauen hingen darüber auf einen Stoh alten Papiers. . . . „Hängen wir an.“  
Er schüttete die Steine aus.  
„Der bekommt die weißen, und wer die schwarzen?“  
„Ich will die schwarzen.“  
„Schwarz bekommen Sie nun grad' die weißen. — Achtung, rausgehen.“  
Sie ludte sich die weißen heraus.  
„Ehen Sie her, Dela, das ist 'ne Wähle. — So ist sie auf und so ist sie zu. — Haben Sie das begriffen?“  
„Ja.“  
„Nun los.“  
Sie begannen zu bauen und spielen mit wachrem Feuerfess. Heinrich Reefe gewann. Er kratzte wie ein kleiner Junge.  
Als sie im zweiten Spiel waren, kam der Schall eines bumpten Schlags in die Stube.  
„Nichts, das was?“ fragte der Schmieid aufsehend.  
„Nichts, das was?“ Der Zug in den Keller gelipert. Der soll jetzt drinbleiben, bis ich ihn wieder rauslasse.“  
Sie spielten weiter. Dela schob die Steine, und wenn sie aufschob, dann sah sie die schönen, ladenden Augen des Heinrich Reefe.  
Fast eine Stunde lang spielten sie.  
Der feine rote Schmieid der handelten Lampe trafen sich ihre Blicke.  
„Der feine rote Schmieid, der hat ungewohnt hochredet.“  
„Ich will! Sie schon immer was fragen, Heinrich.“  
„Was denn, Dela?“  
„Sie haben netlich gewonnen: Sonst ist alles anders worden, seit ich aus der Pematik schied. — Und da wollt' ich Sie fragen, ob es nun besser oder schlechter geworden ist.“  
„Es ist besser geworden.“ Der Gang anders ist es geworden.“ Das blonde Kopf sah im Roken. „Ein gut Zell ist das Ihre Schand, Dela.“  
„Ja“, sagte sie.  
„Er schüttete die Arme aus. „Damals, wie Lante mich fortgeschick, mochte ich unterdrück sich laufend.“ Der Zug bringt schon wieder gegen die Kellertür. Wollen wir den armen Schmieid loslassen?“  
(Fortsetzung folgt.)

Verbandstag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Abchluß in Dortmund

Statutenänderungen - Fast einstimmige Wiederwahl des Vorstandes und der Schriftleitung

Der Dortmunder Verbandstag der freigeordneten Metallarbeiter hat mit verschiedenen Änderungen des Statuts seine Beratungen abgeschlossen. Angenommen wurde ein Antrag des Vorstandes, daß solche Personen vom Beitritt ausgeschlossen sind, die einer Vereinigung angehören, deren Betreibungen und Betätigung im Widerspruch zu den Verbandszielen stehen.

Ein Antrag, die Aufnahme erwerbsloser Metallarbeiter auch statutarisch festzusetzen, wurde als überflüssig abgelehnt. Ein Antrag des Vorstandes, daß die Ortsvereinigungen die Grundbesitzung beschreiben, erwerben, verkaufen oder sich an Gemeinwohlfahrt oder ähnlichen Unternehmungen beteiligen, vorher zur Sicherung der Gelder des Verbandes sich an den Vorstand wenden müssen, wurde ebenfalls abgelehnt.

Eine größere Debatte entstand

bei einem Antrag Hamburg, die Wahl der Mitglieder der Ortsverwaltung nicht alljährlich, sondern alle zwei Jahre stattfinden zu lassen. Die Absicht war, die Wahlen zu den Ortsvereinigungen in gleicher Weise wie die Wahlen zu den zentralen Verbandstagen erfolgen zu lassen. Auch die Amtsdauer der Vertreterversammlung sollte ebenfalls zwei Jahre betragen.

Die marxistischen „Bonzen“

„Nationalsozialistisches“ und republikanisches Führertum. In Deutchen wurden fünf nationalsozialistische Arbeitermörder zum Tode verurteilt. Der Verantwortliche, jener Mann, der durch maßlose Aufregung zu Gewalttaten im politischen Kampf sich hin und her zwischen dem Sozialismus und dem Nationalsozialismus hin und her wackelte, während der Verhandlung als Führer im Gerichtssaal. Seine Freunde tadeln lächelnd mit Betreten der Berliner Fensterkiergung.

Wer aber sind die Reichsbannerleute von D. H. A. die in Krieg zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt wurden? Reichsführer Dunitz (8 Jahre Zuchthaus), Ortsgruppenführer Bloch (4 Jahre Zuchthaus), Gewerkschaftssekretär Strauß (1 1/2 Jahre Gefängnis), Arbeiterssekretär Ranke (1 Jahr Gefängnis).

Als das Reichsbanner sich gegen eine Naziübermacht wehren mußte, standen die Führer des Reichsbanners und die „Gewerkschaftsbonzen“ in vorderster Reihe. Sie standen auch vor Gericht und übernahmen die gesamte Verantwortung für ihre Kameraden.

Meuterei in der SA.

Schlägerei zwischen Führern und Unterführern. Im Sturm 81 der Eberswalder SA ist eine Meuterei ausgebrochen. Zahlreiche SA-Leute verweigerten ihren Führern die Gehorsamkeit. Der Sturm wurde von der Parteileitung aufgelöst. Er soll, wie es heißt, neu gebildet werden.

tragen. Bei der namentlichen Abstimmung wurden die Anträge mit 214 gegen 63 Stimmen abgelehnt. Alle Anträge an den Verbandstag müssen in Zukunft von einer Mitglieds- oder Vertreterversammlung gestellt werden.

Das neue Statut gilt vom 2. Oktober an. Den Kassieren wurde Entlastung erteilt. Die Wahlkommission schlug in Anbetracht der schwierigen Lage die Wiederwahl des Vorstandes, der Schriftleitung und des Vorsitzenden des Verbandsausschusses vor.

Die erfolgte fast einstimmig. Nach dem Bericht der Rechnungs-kommission hat der Vorstand einen Abbau der Gehälter vorgeschlagen, der sie auf 75 Prozent der Karlsruher Gehälter festlegen soll. Die Rechnungs-kommission war für einen Abzug von nur 20 Prozent. Nach langer Debatte wird in namentlicher Abstimmung der Vorstoß der Rechnungs-kommission mit 153 gegen 115 Stimmen abgelehnt. Die Vorlage des Vorstandes wird ohne Debatte angenommen. Die Bestimmung des Tagungsortes für den nächsten Verbandstag wird dem Vorstand überlassen.

Viktor Stein (Wien) dankte namens der ausländischen Delegation dem D. M. V. für die Gastfreundschaft. Im Metallarbeiter-Verband erblickten die ausländischen Metallarbeiter ein Musterland ihres Ansehens. Unter fremdländischer Herrschaft ist ein Hindernis für den Fortschritt für Deutschland aus. Jetzt erst recht Anschlag an Deutschland, und zwar aus proletarischem Klasseninteresse! Reichel schloß mit einem Aufruf an die Metallarbeiter zu arbeitsamer Arbeit dem Verbandstag. Mit dem Freiheitsschrei nahmen die Delegierten Abschied.

Der Sturm wurde von der Parteileitung aufgelöst. Er soll, wie es heißt, neu gebildet werden.

Im Eberswalde sind zwei SA-Stürme untergebrochen, der Sturm 84 und der Sturm 81. Derreis von mehreren Wochen ist es zwischen den Mitgliedern des Sturmes 81 und der Parteileitung im schweren Dissonanz gekommen, die damit endeten, daß etwa ein Dutzend SA-Leute ausgeschlossen wurde. Neuerdings ist es nun wieder zu schweren Zusammenstößen zwischen Sturm und Parteileitung gekommen. Diese Dissonanz sollen durch herbeigerufen worden sein, daß die Partei den SA-Mann Gösch, der vor wenigen Tagen vom Eberswalder Ausschuss wegen Inzest in der Ehe zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden war, und Kumpfenhauer, Schmitt, der wegen schweren Einbruchsdiebstahls verhaftet wurde, aus der Partei ausschließen wollte.

Die SA-Leute, aus denen sich solche mit mehrjährigen Zuchthausstrafen befinden, wollten das jedoch nicht zugeben und drohten mit Gehorsamsverweigerung.

Als der Sturm 81 nun zu einer Leitung zusammenzutreten sollte, blieb der größte Teil der SA-Leute der Leitung fern. Sie stellten an die Parteileitung ein Ultimatum, bei dessen Nichterfüllung sie „loschlagen“ wollten. Daraufhin wurde der Sturm aufgelöst. Auch innerhalb der Parteileitung selbst ist es zu schweren Dissonanz gekommen. Der gemäßigtere und radikalere Flügel der Partei und der SA streiten sich augenblicklich um den Posten des obersten Führers in Eberswalde. Zu einer Einigung ist es bisher nicht gekommen, dagegen zu

einer Schlägerei zwischen dem bisherigen Führer und drei Unterführern.

Was die Nitag bietet

Auch hier reaktionärer Kurs.

Der „Volksfunk“ schreibt über die Darbietungen des Mitteldeutschen Rundfunks:

Die Vortragsreihe „nationaler Belange“, die bewußt nationalitische Kulturpflege, hält an. In diesem „Beit“ jedoch Beliebiges mit Literarischen aller Art, das nachdrücklich zu ermahnen sich nicht lohnt. Besonders fönisch war die Darbietung „Gelobend“, das sich einer deutlichen „Nitag“, geradezu entzweitig aber, geschäftlich wiederholte mit theatralischem Aufwandsklopp, viel Beifallsgeheiß, Deutschland über alles und fastlich mitbelmündigen Großpreparieren, unterbrochen von magnerischer Musik. Doch die tragische Nitag, wo der Repp und der nachte Gefährliche in einbeutig berührt wie kaum sonstwo, „Nitag“ sei, wurde dem beunruhigten Hörer etwa dreißigmal mitgeteilt.

Somit hörte man ein vorzügliches Gespräch über den fortgeschrittenen Arbeitern Achilles Adolf Soos, das tief in moderne Baumfunktions- und Anknüpfungsvermögen hineinreißt, aber zumeist für fälschlich Interessierte und Unterirdische bemerkenswerter war.

Ein sehr äußerlich angelegte, aber leicht durchgeführte Reportage vom Jungbrunnen, die den Hörer erfrische, welche technischen Feinheiten der Jungfrau-Verfahren und die Bergwerks aufweisen, verbunden mit gut gelungenen Jodeln. — Bilder aus dem Bergigen an Dingen, welche wir nicht kriegen. —

Ein Versuch Wolfgang Schumanns, den Dichter Conrad Ferdinand Meyer, sein Leben und sein Schaffen durch soziologische und ästhetische Betrachtungen des Hörers nahebringend.

Das Gesamtprogramm ist gut und unteuf, wenig volkstümlich. Von Hörern unserer Gegend muß nach wie vor schärfste Kritik und strenge Auswahl beim Hören erbeten werden.

In seiner neuesten Nummer berichtet der freis aktuelle und zeitlich aktualisierte „Volksfunk“ sich besonders eingehend über die Berliner Funkausstellung und in einem geistreichen mit vielen Bildern versehenen Artikel über die Ausgestaltung des neuen mitteldeutschen Senders.

Jeder kann den „Volksfunk“ mit seinen technischen, ästhetischen und kausfräulichen Ratschlägen, seiner kritischen Vor- und Rück-schau, dem ausführlichen Europaprogramm und der kostlosen Freizeiterziehung bei jeder Postanstalt für monatlich 96 Pf. freizukaufen und bei jeder Buchhandlung bestellen. Kostenloser Probeversand der „Volksfunk“-Beilage, Berlin SW 68. Die Einzelnummer kostet 25 Pf.

Regeners Experiment

Wie man weiß, ist erst vor wenigen Tagen in der Nähe von Stuttgart ein unbekannter Strahlstrahlens-Doppelstrahl in aufgefunden und bis in eine Höhe von 28.000 Metern getrieben. Die Bemühungen Regeners die gleiche Leistung haben wie die wissenschaftlichen Beobachtungen Bickards — nämlich die Entdeckung der ultravioletten Strahlen —, nahm ein in Zürich wohnender Professor der Universität Göttingen teil. Professor Regener, der in solchen Höhen mit Instrumenten, die ohne menschliche Beteiligung arbeiten, gemacht werden, weiß. Professor Regener führte weiter aus: Ich hatte sehr viel von Professor Regener, aber die Aufgabe, das er selbst offiziell über seine Feststellungen noch nichts veröffentlichte, ist mir ein Beweis dafür, daß er noch keine Entscheidungen über die Zuverlässigkeit der Ergebnisse getroffen hat. Es heißt, daß die Temperatur der Messungen der kosmischen Strahlungen beeinflusst. Bickard ist über 16 Kilometer Höhe eine Abnahme zu verzeichnen. Jedemal haben sich die bisherigen Strahlstrahlensmessungen mit unvollkommenen freiliebenden als fehlerhaft erwiesen. Instrumente, die unter menschlicher Aufsicht ihre Messungen vornehmen, arbeiten wohl doch genauer.

Der reaktionäre Rundfunkkurs

Die Landesamplifizierung der Eisernen Front Sachsens hat an die Mitteldeutsche Rundfunk AG, Leipzig, untenbeschriebene Entschädigung gerichtet. In ihr kommt der Protest Hunderttausender in der Eisernen Front zusammengegangenen Rundfunkhörer aus den gewerkschaftlichen Verbänden, der Sozialdemokratischen Partei, der Arbeiter-Liga und Sportbewegung, des Reichsbanners, Schwarz-Rot-Weiß und anderer proletarischer Organisationen gegen die einseitige Bevorzugung der Nationalsozialisten im Rundfunk zum Ausdruck. Die Entschädigung lautet:

Die Rundfunkhörer in der Eisernen Front Mitteldeutschlands erleben schärfsten Protest gegen die „Verhöhnung“ des Deutschen Rundfunks. Sie wehren sich insbesondere mit allem Nachdruck gegen den „neuen Kurs“ beim Mitteldeutschen Rundfunk, der in einer unehrenhaften politischen Einseitigkeit und einer totalitären Verletzung des gesamten Programms besteht. Der Mitteldeutsche Rundfunk beginnt all das, was in jahrelanger Arbeit aufgebaut wurde, wieder zu zerstören. Während die Arbeiterliga Deutschlands seit jeder dafür war, daß jede fälschlich vertretene Betonung im Rundfunk zur Geltung kommt, beruht heute eine progrozierende Bevorzugung nationalsozialistischer Darbietungen. Im Sonntagssenden werden aktuelle Themen systematisch vermieden und reaktionären Kreisen eine ungehörliche Bevorzugung zugewandt. Auf literarischen Gebieten führt die Umstellung zu einer Wende von all dem, was in kulturellen Kreisen reichhaltigen Drogenen verbindet man höherwertige und geistvolle Darbietungen. An deren Stelle setzt man abermaligen von subalternen Wirtstypen und die Konjunktur ausnützendem Karrieremachern, die schon wegen ihrer inneren Unmoralität abgelehnt sind.

Das musikalische Programm der Nitag wird durch ein Unmaß von Mittelstimmigkeit untermalt. Die freigeistige Bewegung erfährt eine vollkommene Ausschaltung.

Der „neue Kurs“ ist vom Standpunkt der Arbeiterliga aus untragbar und wirkt für den Rundfunk selbst geistig tödend.

Die Rundfunkhörer in der Eisernen Front protestieren gegen diese Entwürdigung. Sie protestieren dagegen, daß der Mitteldeutsche Rundfunk zu einem Instrument der bornierten Einseitigkeit, der geistigen Reaktion, des bremmungslosen Chauvinismus und der geistigverwunderten rücksichtslosen Samensamkeit wird!

Wir fordern eine Rundfunkpolitik, die alle kulturell wertvollen Strömungen und alle sozial hochwertigen Auffassungen berücksichtigt! Wir fordern ein Rundfunkprogramm, das den Wünschen der Arbeiterliga gerecht wird!

Landesamplifizierung der Eisernen Front Sachsens.

Zwei Reihhaber

Im Jahre 1845 wollte Bernhard Auerbach, der Verfasser der „Schwarzweiser Dorfgeschichten“, in Leipzig und wurde dort auch mit Heinrich Raabe bekannt, der damals noch ein Gefinnungsgenosse Heinrich Heines war. Auerbach flammte wie bekannt ist, aus einem Dorfe und ist sich auf seine genaue Kenntnis des Landeslebens nicht wenig zugetraut. Auerbach war es, er war in diesen Fragen rechtshörig bis zur Innerlichkeit.

Eines Tages argerte er Raabe durch die Bemerkung, eine Menge Einzelheiten, die sich auf Auerbach und Viehstahl bezögen, verstände er zu beurteilen, der vom Lande sei; der Städter sei in solchen Dingen meist von erfärdenderer Unwissenheit. Raabe, der ebenfalls ziemlich rechtshörig war, sagte daraufhin mit höniglicher Miene: „Mit Ihnen denn in Ihrer Weisheit sich einmal aufgeben, worin Goethe in seinem Epos Hermann und Dorothea gegen die Naturkenntnis genügt hat?“ Auerbach war verblüfft und mußte seine Antwort. „Aha!“ dachte Raabe triumphierend, „ich's doch! Nun, in Goethes Dichtung geht man (im vierten Gesänge) durch den Weingarten hinaus aufs Feld und freut sich im Weingarten über die stehenden Trauben und draußen über das wogende Reich.“ An der Natur kennt sie anseher ein Vierteljahr voneinander. Im Juni oder Juli gibt es Reiffrucht, im Oktober erst Trauben. Und das haben Sie übersehen können. Sie Mann der genauen Naturkenntnis!“ Auerbach brach in Lachen aus und rief: „Ja, manchmal schlummert auch der gute Homer!“

So berichtet Raabe selbst in seinen Lebenserinnerungen. Das Schöneste an der dieser Sage ist, daß beide, Raabe sowohl wie Auerbach, Unrecht haben. „Hermann und Dorothea“ spielt nach Goethes eigener Angabe Anfang August 1796. Und Anfang August kann es sehr wohl reifende (nicht reife) Trauben neben wogenden Weizenfeldern geben. Es wäre ja auch denkbar, wenn ein gut beobachtender Dichter wie Goethe sich eine solche Anschauung, wie sie Raabe und Auerbach annehmen, hätte geschehen kommen lassen. Das aber zwei starke Reihhaber sich so blamieren, das ist der Humor von dem Geschichteten.

Volksfische Halle

Der neue Spielplan der Volksfische bringt außer den Opern Der fliegende Holländer, Hoffmanns Erzählungen, Don Juan, Die Fälschlerin in Alger, oder einer klassischen Operette eine Reihe ausgewählter Schau- und Lustspiele. Zahlreiche Sonderveranstaltungen (Opern, Operetten und Lustspiele) sind außerdem im Einzelbesitz der Gesellschaft. Im Volksfischer Kart er: der Besondere, der von sehr vornehm gehaltenen Werken, die auch allein belegt werden kann. Sonstige des Einzelbesitzer: Derfelts, der Robert-Boog-England.

Eingabekomitee, des Lehrer-Gesangvereins, ferner offene Singebände, Gedacht-Hauptmann-Feier und andere künstlerische Sonderveranstaltungen zu vollstimmigen Freizeiterziehungen das Programm. Jetzt ist es Zeit, die Parteien einzulassen und neue Mitglieder zu gewinnen. In der nächsten in der nächsten Nummer 14, Nr. 234. Der Hauptversammlung am Dienstag, dem 30. August, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal von „St. Nikolaus“ sind die Mitglieder herzlich willkommen. Als Ausweis dient die Mitgliedskarte.

Frankfurter Goethepreis an Gerhart Hauptmann

Im Goethe-Haus in Frankfurt a. M. fand gestern nachmittag die feierliche Ueberreichung des Frankfurter Goethepreises an den diesjährigen Preisträger Gerhart Hauptmann statt. In Anwesenheit einer ausserordentlichen Gästezahl verlas Oberbürgermeister Dr. Landmann die Ueberreichungsurkunde. Der Überbürgermeister teilte mit, daß Gerhart Hauptmann sich als idealer Träger des Preises betradte und daß in seinem Auftrag die materielle Seite zur einen Hälfte dem deutschen Goethefest und zur anderen notleidenden deutschen schaffenden Künstlern zugute kommen soll.

Gerhart Hauptmann dankte für die Ueberreichung des Goethepreises in einer Ansprache.

Neue Filme in Halle

Der Herr Finanzdirektor

Dieser Lustspiel ist Max Kallert wieder mal direkt auf den Leib geschrieben. Hier kann er wieder mal das „Witz“ mimen, als das er in der nächsten Nummer wieder mal direkt auf den Leib geschrieben ist. Er gibt einen Menschen, einen Exzellenzbeamten, den die diversen Wundermerkmale im Amt zu einem kleinen Drammen und zu Hause zu einem alten Vögler macht. Dieser Mensch, der sich selbst zum Witz, ist aber im Grunde ein herzensguter Mensch und es bedarf nur einiger Anlässe im Amt und in der Familie um die diversen Wundermerkmale zum Vorschein zu bringen und ihn zu einem glücklichen Beamten und Ehemann zu machen.

Das ist ganz hübsch, wenn auch unweilen noch humorlos, noch leichter bestanden gemacht. Neben Kallert sieht man Peter in a n, der einen brillanten Exzellenzbeamten und Freund, und Olga in a n, die die liebesbedürftige kleine Frau des „Oberassistenten“ spielt. Der Film enthält nebenbei eine hübsche Satire auf das Beamtenamt. Im Programmprogramm sieht man eins der beliebtesten Lustspielcharaktere, das von Helmut S. i g e t e Lebenswirdig konzentriert wird, einen Mann, der mit der Beschäftigung Schweiß und die Fortwärtigen über den von der Werbung der „Röbe“ und dem „Olympia“ in der England.











